

Schutzschirm für Mieter

55 Coronafälle in Celle / Bund und Land schnüren Hilfspakete gegen Folgen der Krise

VON CONRAD VON MEDING
UND KLAUS M. FRIELING

BERLIN. Der Staat nimmt Milliarden in die Hand, um Firmen und Arbeitnehmer vor schweren Folgen der Corona-Krise zu schützen. Landtag und Bundestag haben gestern die angekündigten Hilfspakete beschlossen.

Leitlinie sei es, die Ausbreitung des Corona-Virus zu verlangsamen, Patienten zu schützen und den Wirtschaftfluss am Laufen zu halten, sagte der Celler CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte zur Entscheidung in Berlin. „Wir haben damit sicher kein perfektes Allheilmittel für jede Einzelfrage geschaffen“, ergänzte die Celler SPD-Parlamentarierin Kirsten Lühmann. „Um das augenblicklich Notwendigste sofort umsetzen zu können und den unter den wirtschaftlichen Auswirkungen leidenden Unternehmen und Mitarbeitern schnell Hilfen an die Hand zu geben, haben wir aber die richtigen Schritte eingeleitet.“

Im Landkreis Celle lag die Zahl bestätigter Corona-Fälle gestern nach Angaben der Kreisverwaltung bei 55. Wie alle anderen Krankenhäuser hat auch das Celler AKH die Zahl an Behandlungsplätzen vorsorglich deutlich aufgestockt. Derzeit wird im AKH allerdings lediglich eine

mit dem Erreger infizierte Person behandelt – aber nicht auf der Intensivstation.

Eine der vom Bundestag beschlossenen Regelungen soll Mietern helfen: Sie dürfen ab April ihre Zahlungen einstellen, wenn sie wegen der Corona-Problematik finanzielle Probleme bekommen. „Wir begrüßen die Initiative des Bundes, weil so Druck aus dem Thema genommen wird“, sagt Randolph Fries vom hannoverschen Mieterbund. Wenn jetzt Tausende Arbeitnehmer in Kurz-

arbeit gehen oder arbeitslos werden, könne es Probleme mit Mietzahlungen geben. Dann sei es richtig, dass Menschen ihre Wohnung nicht verlieren. „Aber wenn Vermieter, die für ihre Immobilien oft Zins und Tilgung zahlen müssen, in die Insolvenz getrieben werden, ist niemandem gedient“, so Fries. Letzteres sieht auch der Vermieterverband Haus & Grund so – und läuft Sturm: Er fürchtet, dass Mieter geschützt sind, dafür aber Hauseigentümer in die Pleite getrieben werden.

Laut Gesetzesvorlage, der das Kabinett schon am Montag zugestimmt hat, müssen Mieter nicht nachweisen, warum sie in Zahlungsnot geraten sind. „Der Zusammenhang zwischen Covid-19-Pandemie und Nichtleistung wird vermutet“, heißt es im Entwurf, dem am Freitag noch der Bundesrat zustimmen muss. „Wir tun alles, um die wirtschaftliche Existenz der Menschen in der Corona-Krise zu sichern“, so Bundesjustizministerin Christine Lambrecht (SPD).

„Ab nächster Woche sind wir für die Auseinandersetzung mit Covid-19 gerüstet, gesundheitsorganisatorisch wie wirtschaftlich“, freute sich die Celler Bundestagsabgeordnete Lühmann über den breiten politischen Konsens. „Neben diesen Maßnahmen ist die Solidarität mit unseren Mitmenschen – insbesondere älteren und vorerkrankten – entscheidend dafür, dass wir gestärkt aus dieser Krise herauskommen können“, betonte ihr Parlamentskollege Otte.

» **Hilfsangebote** | Seite 12
» **Infizierte in Celle** | Seite 15



„Organisatorisch wie wirtschaftlich für Auseinandersetzung mit Covid-19 gerüstet.“

Kirsten Lühmann
SPD-Bundestagsabgeordnete



„Solidarität ist entscheidend dafür, dass wir gestärkt aus dieser Krise herauskommen.“

Henning Otte
CDU-Bundestagsabgeordneter



Aktuelle Informationen und Entwicklungen rund um das Coronavirus finden Sie in unserem Newsblog unter www.cellesche-zeitung.de und auf der CZ-Facebookseite.